

Einmal wöchentl. Bezugspreis: für Mai 2 R.-M. ausf. Postgeb. Berechnung der Anzeigen nach Rent-Kart. Preis: Die eingetragene Zeitungs 30 S., f. Familien- u. Vereinsanz., Gesuche 20 S. Die Zeitungsstelle 80 mm breit, 1 M. Offertengebühr für Selbstabholer 20 S., bei Lieferung d. d. Post außerdem Portozuschlag. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Mark. Geschäftslicher Teil: Josef Bogmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für unentgeltl. u. d. Fernlief. übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unberichtigt eingelegte u. mit Nachdruck nicht verfolgte Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptgeschäftler: Dr. Josef Albert, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung und Druck und Verlag: Saxonia-Verlagsanstalt GmbH, Dresden-K. 10, Holbeinstr. 46, (Kont. 32722, Postfach 14707)

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-K. 10, Holbeinstr. 46, (Kont. 32722, Postfach 14707)

## Der Gang der Entwicklung

Im Nachfolgenden soll der Entwicklungsgang, wie er sich in den letzten Tagen bei den Verhandlungen um die Regierungsbildung abspielte, eindeutig und kritisch wiedergegeben werden. Das ist notwendig, damit der Leser sich ein genaues Bild von dem Verhalten der Parteien machen kann und die Licht- und Schattenseiten richtig verteilt sieht.

Die letzten Stunden vor dem Rücktritt des Kabinetts Marx gestalteten sich sehr dramatisch. Nachdem sich sieben Tage lang die Verhandlungen zwischen den Parteien hinschleppten, brachten die Abendstunden des 28. Mai rasche Entscheidungen.

Als die Parteiführer am Freitagabend nach der letzten Besprechung mit den Deutschnationalen auseinandergingen, war man sich in vertrauten Kreisen schon darüber einig, daß ein Ueberkommen mit den Deutschnationalen nicht möglich war. Wenn man damals nach außen hin sagte, daß die Verhandlungen mit den Deutschnationalen vertagt seien bis Montag und zwar bis die Deutschnationalen in einer erneuten Fraktionsführung zu der Lage Stellung genommen haben, so geschah das deshalb, um dem Ausland nicht Gelegenheit zu mäßigen Kombinationen zu geben. Vereint wurde aber, daß die Mittelparteien am Montagabend um 6,30 Uhr noch einmal zusammentreten sollten, um die Entschliessung der deutschnationalen Reichstagsfraktion entgegenzunehmen. Um 7 Uhr sollte dann das Kabinett zusammentreten, um über den Rücktritt, der ja schon im voraus vorgesehen war, zu beschließen. Das Kabinett hatte einen ausdrücklichen Beschluß gefaßt, auf keinen Fall zurückzutreten vor dem Zusammentritt des Reichstages. Auf diese Weise wollte man die bereits begonnene Verhandlung mit der Gegenseite nicht zum Abbruch bringen. Aber daß das Kabinett beim Zusammentritt des Reichstages zurücktreten, war ebenfalls im voraus festgelegt, wenn auch in den verschiedenen Parteien sich starke Strömungen dafür geltend machten, daß das Kabinett vor dem Reichstag seine Politik vertrete und gegebenenfalls in offener Feldschlacht die Entscheidung falle.

Die Verhandlungen der Deutschnationalen zogen sich sehr lange hin. Um 7 Uhr ist dann ein Beschluß der Deutschen Volkspartei bekannt geworden, der die Demission des Kabinetts forderte, „um die Bahn frei zu machen für die verfassungsmäßige Aufgabe des Reichspräsidenten“, eine, den neuen parlamentarischen Verhältnissen entsprechende Regierungsbildung herbeizuführen“. Dieser Beschluß machte auf die Demokraten und auf das Zentrum einen sehr peinlichen Eindruck. Er war einmal wider die Äußerung und zum zweiten brachte er einen Riß in den Mittelblock, und weiter mußte nunmehr ein Rücktritt des Kabinetts Marx nicht mehr als eine freiwillige Handlung erscheinen. Die Demissionssitzung des Kabinetts Marx war aber schon auf 7 Uhr festgesetzt, und es löste ein Vernehmen aus, daß ein offizieller Beschluß der Deutschen Volkspartei noch einmal ausdrücklich den Rücktritt forderte.

Ohne Kenntnis der volksparteiischen Beschlüsse sahen dann die Deutschnationalen eine Entschliessung, welche zum Ausdruck brachte, daß sie entschlossen waren und entschlossen sind, an der Regierungsbildung sich in der in ihrer Stärke und dem Ergebnis der Wahlen entsprechenden Weise zu beteiligen. Sie beharrten aber darauf, daß die Personenfrage den Verhandlungen vorangestellt werde und sie benannten als ihren Kandidaten auch wieder Herrn von Tirpitz und fügten hinzu, daß die Lösung der Schwierigkeiten nur durch Persönlichkeiten und nicht durch parlamentarische Formeln gefunden werden könnte. Der deutschnationale Beschluß führte weiter aus:

Die Grundlage der Einigung mit den anderen Parteien könnte in der Richtung gefunden werden, daß die Reichsregierung folgendes zum Ausdruck bringt:

Die neue Regierung sei bereit, die erforderlichen Verhandlungen mit dem Auslande über das Sachverhältnis-Gutachten, das die bisherige Regierung als Verhandlungsgrundlage angenommen hat, zu führen. Doch muß hierbei gleichzeitig klargestellt werden, daß die Entscheidung über die Gutachten und über die schwebenden wirtschaftlichen und politischen Fragen je nach dem Ergebnis der Verhandlungen vorbehalten bleiben müssen.

Als dieser Beschluß bei den Mittelparteien bekannt wurde, trafen diese noch einmal zu einer Sitzung zusammen, in welcher man folgendes einmütig zum Ausdruck brachte:

Die Mittelparteien bleiben dabei, daß die von ihnen vereinbarten Richtlinien für die Außenpolitik zur Grundlage der künftigen Regierung gemacht werden müssen. Weiter wurde einstimmig erklärt, daß die Entschliessung der Deutschnationalen den Mittelparteien nicht genüge. Die Mittelparteien beschloßen, den Deutschnationalen keine offizielle Antwort zu geben, sondern als Antwort das von ihnen vereinbarte, aber bis dahin zurückgehaltene außenpolitische Programm, das auch den Verhandlungen mit den Deutschnationalen zugrunde gelegt war, über das aber keine Einigung mit ihnen herbeigeführt werden konnte, nunmehr der Öffentlichkeit zu übergeben.

Das ist auch geschah, dieses Programm ist einmütig gebilligt worden, seine Ausarbeitung geht auf die Deutsche Volkspartei und den bestimmenden Einfluß ihres Führers, des Außenministers Stresemann zurück.

Der Rücktritt des Kabinetts Marx, der nach Lage der Dinge nur noch eine Formalität war, ist dann in den Abend-

## Reichskanzler Marx bildet die Regierung

### Der Auftrag des Reichspräsidenten

Berlin, 28. Mai (Drahtbericht W. T. B.) Der Reichspräsident hat heute vormittag den bisherigen Reichskanzler Marx mit der Regierungsbildung beauftragt. Marx hat den Auftrag angenommen. Er wird versuchen, ein Kabinett auf breiter Grundlage zu bilden.

Der in 28. Mai. Die gestrigen Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern gaben keine Lösung der parlamentarischen Lage. Der Zentrumskoordinator Stegerwald, mit dem die deutschnationale Fraktion zusammenarbeiten bereit gewesen wäre, lehnte es ab, die Regierungsbildung zu übernehmen, da er keine andere auswärtige Politik treiben könne als der bisherige Kanzler, der seinerzeit von Stegerwald dem Reichspräsidenten vorgeschlagen worden war. Für heute vormittag 10 Uhr wurde der Führer der Deutschnationalen Hergt erneut zum Reichspräsidenten gebeten. Nach dem Abgange Stegerwald wurde der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz empfangen.

Was die Frage der Neubildung des Reichstagspräsidentenpostens anbelangt, so haben die Deutschnationalen, wie bereits gemeldet, Herrn Waltraff, die Sozialdemokraten Herrn Löbe präsentiert. Es verstand, daß die Deutsche Volkspartei für Herrn Waltraff, die Demokraten dagegen für Herrn Löbe stimmen werden. Die Haltung des Zentrums ist noch ungewiss.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hielt gestern daran fest, daß innen- und außenpolitische Gründe die Schaffung einer großen bürgerlichen Regierungsmehrheit von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten dringend erfordern. Die von den Fraktionen geführten Verhandlungen gingen in diesem Sinne weiter. Auch in den Kreisen der

frunden des Montag vollzogen worden. Damit kam die Entscheidung an den Reichspräsidenten, der bis dahin in die Dinge noch nicht aktiv eingegriffen hatte.

Nach dem Rücktritt der Regierung am Montagabend nahmen dann die Dinge im Laufe des Dienstagvormittag rasch ihren Gang. Der Reichspräsident setzte sich selbstverständlicherweise zuerst mit dem Führer der größten Fraktion, dem Abgeordneten Hergt von der Deutschnationalen Volkspartei in Verbindung. Aus den Besprechungen hatte der Reichspräsident offenbar den Eindruck, daß in Ermangelung einer klaren Umschreibung des Innen- und Außenprogramms der Deutschnationalen Volkspartei keine Möglichkeit für die Deutschnationale Partei bestünde, eine Koalition verschiedener Parteien und ihrer Kandidaten zu vereinigen. Es wurde dann auch mit dem Reichspräsidenten Loeb als dem Vertreter der Sozialdemokraten verhandelt. Daraufhin wurde der Fraktionsvorsitzende der Zentrumspartei, Reichskanzler A. D. Fehrenbach, berufen. Diese Unterredung mit dem Reichspräsidenten dauerte etwa eine halbe Stunde, ihr mußte aber die größte Bedeutung angesichts der Gesamtlage zugewiesen werden. Fehrenbach erklärte dem Reichspräsidenten, daß die Zentrumskoalition unvereinbar und unzuverlässig auf dem Boden des veröffentlichten, zwischen den Mittelparteien vereinbarten außenpolitischen Programms stehe und klar und entschieden davon fernhalten entschlossen sei. Der Reichspräsident verhandelte dann weiterhin mit den Führern der Deutschen Volkspartei und der Demokraten. Die Lage war danach bald geklärt. Am Nachmittag wurde der bisherige Reichskanzler Marx zum Reichspräsidenten bechieden und damit beauftragt, eine Sondierung unter den Parteien vorzunehmen. Heute früh erfolgte dann die endgültige Beauftragung des Reichskanzlers Marx mit der neuen Regierungsbildung.

Die Deutschnationalen haben also in den Verhandlungen mit den Mittelparteien von Anfang an immer wieder die Personenfrage in den Vordergrund gestellt. Ihr gegenüber sollte die Frage des Programms eine untergeordnete Bedeutung spielen. Da die Mittelparteien anderer Auffassung waren, weil sie geltend machten, daß man doch zuerst über die Sache selber, im vorliegenden Falle über die zu treibende Politik im Klaren sein müsse, ehe man eine Persönlichkeiten mit der Ausführung beauftragt, kam man mit der Deutschnationalen nicht überein.

Wenn die Deutschnationalen schon in der ersten Sitzung, die auf ihre Einladung mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien zustande kam, jede sachliche Erörterung des von den Mittelparteien aufgestellten aber noch nicht verbindlich festgelegten außenpolitischen Programms ablehnten, und dafür sofort die Person des Großadmirals von Tirpitz in den Vordergrund stellten, so waren sie hauptsächlich geleitet von innerpolitischen Rücksichten. Tirpitz sollte für sie gewissermaßen der Sturmbeschwörer sein. Derjenige also, der durch seine Autorität nicht nur die „Wilden Männer“ der eigenen Fraktion — meist handelt es sich dabei um die neu gewählten Abgeordneten, die alles andere, nur nicht Politiker sind, dafür aber umso lebhafter Agitationsmenschen — zu beschwichtigen ver-

mögen, sondern auch auf die Deutschvölkischen, mit denen die Deutschnationalen sehr stark liebäugeln, einwirken könnte. Man sagt sich offenbar in deutschnationalen Kreisen, daß die Deutschvölkischen gegen einen Tirpitz sich doch nicht ohne weiteres beugen könnten.

Weiter war für die Voranstellung des Herrn von Tirpitz der Gedanke maßgebend, daß man hinter jeder Person auch das Programm der Deutschnationalen verbergen könnte. Die Deutschnationalen widern immer jeglicher von ihnen geäußerten Erklärung über ihr kommendes Regierungsprogramm, insbesondere die Haltung zu den im Vordergrund stehenden außenpolitischen Fragen, aus. Sie haben nach wie in die letzte Stunde hinein sich mit keiner Silbe über dieses Programm äußert. Sie erklärten zwar in den Verhandlungen mit den Mittelparteien, daß sie zwar das Gutachten als Grundlage für die weiteren Verhandlungen mit dem Auslande annehmen wollten, jedoch aber Vorbehalte machen müßten. Sie meinten, wenn es jetzt das Gutachten wie es ist, hienach, würden wir den letzten Trumpf aus der Hand geben, gegenüber den politischen Forderungen, die noch kommen können. Die Mittelparteien haben demgegenüber der Auffassung, daß wenn wir nun mit neuen Vorbehalten kommen, auch Frankreich neue Bedingungen stellt und damit ließe man Gefahr, daß das Ganze abgelehnt wird. Eine derartige Entscheidung wäre ja bestimmten Teilen in Frankreich ohnehin am liebsten. Sie kommen, lautet die Mittelparteien, nur vorwärts, wenn wir das Gutachten als Ganzes annehmen, denn wir hätten selber das größte Interesse daran, daß die politischen Forderungen, insbesondere die politischen Voraussetzungen für die Erfüllung der in übernehmenden Position gerade im Zusammenhang mit dem Sachverständigen-Gutachten erfüllt würden und dieses Gutachten enthalte ja selber in den wichtigsten Punkten Vorschläge zur Lösung dieser Fragen als Voraussetzung für die Ausführung.

Ein weiterer Streitpunkt mit den Deutschnationalen war die Formulierung des Standpunktes der Regierung. Die Mittelparteien sahen, die neue Regierungserklärung müsse sich der Formel des Kabinetts Marx anschließen, da damit für das Ausland die sicherste Gewähr gegeben sei, daß die politischen Linien fortgesetzt werden. Es ist übrigens bemerkenswert, daß die offizielle Zustimmungsnote der Reichsregierung genau den Wortlaut des Sachverständigen-Gutachtens selber übernimmt. Würde nun eine neue Formulierung mit Vorbehalten und Zusätzen herausgehen, dann würde das, so machten die Mittelparteien geltend, von der ganzen Welt als Zweifelhaftheit angesehen werden, das Mißtrauen würde sich wieder regen, und abgesehen davon, daß ein solches Verfahren aber auch als Sabotierung des Kabinetts Marx gedeutet würde.

Endlich wurde geltend gemacht, daß die Franzosen gerade jetzt dabei seien, sich aus der Weltkollaterale herauszuarbeiten. Wenn wir nun mit Vorbehalten kommen, und daneben als zwiespältig und unaufrechtig dastünden, dann würden wir uns in die Weltkollaterale hineinziehen. Aus all diesen Gründen müssen, so sagten die Mittelparteien, das Gutachten als Ganzes und in

Die Stellung der Sozialdemokratie  
Berlin, 28. Mai. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat heute folgenden Beschluß gefaßt:  
Die Fraktion stellt fest, daß die bisherigen Verhandlungen mit den Deutschnationalen bereits zu einer empfindlichen Schädigung der außenpolitischen Stellung des Deutschen Reiches geführt haben, da sie in der schnellsten Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens den einzig möglichen Weg zur Befreiung der Welt von der Verdrängung Europas, zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Sicherheit und damit zu einer Erleichterung der Wirtschaft- und Arbeitsfrage und zur Vermeidung neuer unheilvoller Arbeitslosigkeit sieht. Sie fordert daher von jeder Regierung die Fortführung einer Außenpolitik auf der Grundlage der Durchführung des Gutachtens unter sozial gerechter Verteilung der Lasten. Sie wird jede Regierung bekämpfen, deren Außenpolitik durch Verzögerung oder Zweideutigkeit Deutschland einer Katastrophe entgegenführen würde.

Zentrum und Reichstagsöffnung  
Die Eröffnung des Reichstages wurde nach alter, sehr hochgehaltener Sitte durch die Mitglieder der Zentrumskoalition mit einem feierlichen Gottesdienst eingeleitet, der in der katholischen Kirche stattfand. Das Hochamt wurde geleitet von dem Führer der Bayerischen Volkspartei Veit und den Mitgliedern der Zentrumskoalition Wiska und Wingen. Der Feiertag wohnten die Mitglieder der Zentrumskoalition des Reichs- und Landtages bei, an der Spitze die Führer der beiden Fraktionen, vom Reichstag Fehrenbach und vom Landtag Präfident Dr. Forst. Auch der Reichskanzler Marx war erschienen. Die Berliner Parteiführer und die Zentrumskoalition aus dem Zentrum, die Vertreter der Verle, Delegierten von Vereinigungen waren ebenfalls zugegen.